

Investoren der Credit Suisse fordern mehr Klimamassnahmen

Elf institutionelle Anleger, darunter Amundi und die Ethos Stiftung, fordern die Credit Suisse in einem Aktionärsantrag auf, ihre Exponierung gegenüber fossilen Brennstoffen zu reduzieren

(Mittwoch, 9. März, London) Eine Gruppe von elf institutionellen Anlegern hat bei der Credit Suisse einen Klima-Antrag eingereicht. Die Aktionärskoalition beantragt eine Änderung der Statuten der Bank und fordert, dass die Credit Suisse die Berichterstattung zu ihren Klimarisiken verbessert, ihre Strategie bezüglich der Finanzierung von Geschäftstätigkeiten im Kohle-, Erdöl- und Erdgassektor mit den jeweils besten Praktiken in Einklang bringt und kurz- und langfristige Ziele zur Verringerung ihrer Exponierung gegenüber Anlagen in Kohle, Erdöl und -gas in einem Zeitrahmen veröffentlicht, der mit dem 1,5°C-Ziel des Pariser Abkommens vereinbar ist.

Die Anlegerkoalition wurde von der Nichtregierungsorganisation (NGO) ShareAction, die sich für nachhaltige Anlagen einsetzt, und der Ethos Stiftung koordiniert, mit Unterstützung des Schweizer Vereins für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK-ASIR). Sollte der Aktionärsantrag zur Abstimmung kommen, wäre dies der erste Klima-Antrag, über den an der Generalversammlung eines Schweizer Unternehmen abgestimmt wird.

Jeanne Martin, Senior Campaign Manager bei ShareAction, sagte dazu:

„Die Botschaft der Investoren ist klar: Die Credit Suisse muss ihr langfristiges Netto-Null-Ziel dringend auf transparente Angaben, Richtlinien und Ziele bezüglich fossiler Brennstoffe abstützen. In der vergangenen Woche gab der IPCC seine bisher eindringlichste Warnung vor den Auswirkungen des Klimawandels ab, wobei er die fossilen Brennstoffe als einen der wichtigsten Faktoren hervorhob. Dennoch finanziert die Credit Suisse weiterhin in grossem Umfang die Erdöl- und Erdgasindustrie, in der Regel ohne weitere Auflagen. Wir fordern die Credit Suisse auf, ihren beschädigten Ruf wiederherzustellen und mit diesem Aktionärsantrag eine Gelegenheit für einen Neuanfang zu ergreifen und eine Führungsrolle in Sachen Klimaschutz einzunehmen.“

Diese Massnahme ist die Folge eines jahrelangen Engagements der Investoren in Sachen Klima. Anlässlich der Generalversammlung des Unternehmens im Jahr 2021 haben beispielsweise sieben Investoren, die Vermögen in Höhe von 2,48 Mrd. US-Dollar verwalten, in einem Schreiben an den Verwaltungsrat eine Reihe von Forderungen zum Klimaschutz gestellt, darunter die Forderung, dass die Bank eine feste Frist für den schrittweisen Ausstieg aus der Kohlefinanzierung festlege. Im November 2021 veröffentlichte die Credit Suisse an der COP26 eine neue Strategie bezüglich Kohlefinanzierung. Ihre Verpflichtung, aus der Kohle auszusteigen und die Schwellenwerte für die Einnahmen aus solchen Geschäftstätigkeiten allmählich zu senken, wurde zwar begrüsst, doch blieben einige problematische Schwachstellen bestehen.

Die Richtlinien der Bank bezüglich Kohlefinanzierung halten immer noch die Möglichkeit offen, Unternehmen aus dem Kohlesektor zu Zwecken der „Energiewende“ zu finanzieren, ohne dass klar definiert wurde, was dies in der Praxis bedeutet. Ausserdem wurde die Vermögensverwaltungsabteilung der Bank von der Einhaltung der Grundsätze der Finanzierungsrichtlinien befreit. Darüber hinaus löste das Versäumnis des Unternehmens, seine unzureichenden Richtlinien für Anlagen in Erdöl- und Erdgas zu aktualisieren, bei den Anlegern Besorgnis aus.

Vincent Kaufmann, Direktor von Ethos, kommentierte:

„Den Banken kommt bei der Bewältigung des Klimawandels eine wichtige Rolle zu, angefangen bei einer drastischen Reduzierung ihrer Investitionen in fossile Brennstoffe und deren Finanzierung. Ethos führt seit vielen Jahren einen regelmässigen Dialog mit der Credit Suisse zu diesem Thema. Trotz einiger Fortschritte ist die Credit Suisse nach wie vor die Schweizer Bank mit der höchsten Exponierung gegenüber fossilen Brennstoffen. Ihre unzureichende Klimastrategie und die zahlreichen Governance-Probleme, mit denen die Credit Suisse in den letzten Monaten konfrontiert war, haben uns sowie mehrere unserer Mitglieder dazu bewogen, diesen Aktionärsantrag einzureichen. Damit wird die Credit Suisse aufgefordert, ihre Transparenz deutlich zu verbessern und ihre Finanzierungs- und Investitionsstrategien bezüglich fossiler Brennstoffe zu verstärken.“

Seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens im Jahr 2015 hat die Credit Suisse Unternehmen und Projekte im Sektor der fossilen Brennstoffe mit über **82 Milliarden US-Dollar** finanziert. Damit ist sie die viertgrösste Geldgeberin für fossile Brennstoffe in Europa und die führende Bank auf dem Kontinent für die Finanzierung von Kohleminen.

Larissa Marti, Climate & Finance Expert bei Greenpeace Schweiz, sagte dazu:

„Es ist nicht verwunderlich, dass die Investoren von der Credit Suisse mehr Klimaverantwortung verlangen. Trotz ambitionierter Verpflichtungen für den Klimaschutz ist die Credit Suisse mit ihren Finanzierungen und Dienstleistungen für Unternehmen aus dem Sektor der fossilen Brennstoffe weltweit für enorme CO₂-Emissionen verantwortlich. Der Weltklimarat (IPCC) hat vor kurzem aufgezeigt, dass die Klimarisiken schneller eintreten und sich rascher verschärfen werden als bisher angenommen. Es ist daher an der Zeit, dass die Bank den Geldhahn für klimaschädigende Industrien endlich zudreht.“

Laut ShareAction bleibt die Strategie der Bank bezüglich Erdöl- und Erdgaspolitik deutlich hinter den besten Praktiken im europäischen Bankensektor zurück, da sie beispielsweise nur die Finanzierung von Projekten in der arktischen Region einschränke. Die Danske Bank und NatWest haben inzwischen Massnahmen ergriffen, um die Kreditvergabe an Öl- und Gasunternehmen ohne Übergangspläne im Einklang mit dem Pariser Abkommen einzustellen, während La Banque Postale eine Strategie zum vollständigen Ausstieg aus dem Erdöl- und Erdgassektor bis 2030 angekündigt hat.

Die Credit Suisse war im Jahr 2021 an mehreren umstrittenen Geschäften beteiligt, unter anderem im Juni mit Enbridge, einem Unternehmen, das eng mit dem Ölsandsektor verbunden ist. Im März beteiligte sich die Credit Suisse an einer weiteren Transaktion in Höhe von 1 Milliarde Euro mit EPH, deren Tochtergesellschaft EPPE stark im Kohlegeschäft engagiert ist und weiterhin neue Kohleaktiva erwirbt. Diese Aktivitäten gefährden die Verpflichtung der Bank, ihre Finanzierungstätigkeiten mit dem Ziel des Pariser Abkommens, die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, in Einklang zu bringen. Nach einer Umstrukturierung Ende letzten Jahres steht die Bank nach dem Ausscheiden der beiden Topmanagerinnen Lydie Hudson und Marisa Drew, die für die noch junge Nachhaltigkeitsinitiative der Bank verantwortlich waren, vor einer kritischen Phase.

Darüber hinaus war die Bank in den letzten zwei Jahren in eine Rekordzahl von Skandalen verwickelt, darunter ein Whistleblower-Leck im Februar, das unzählige mögliche kriminelle Verbindungen zu seinen Konten aufdeckte. Diese haben ernsthafte Fragen zu den Risikobewertungs- und -managementverfahren der Bank und ihrer Fähigkeit, talentierte Mitarbeiter zu halten, aufgeworfen.

Inmitten dieser Reihe von Kontroversen ermutigt ShareAction die Bank, ihren Ruf bei den Anlegern wiederherzustellen, indem sie den Aktionärsantrag unterstützt und einen neuen Standard für den Klimaschutz im europäischen Bankensektor setzt.

Die Gruppe der Antragsteller besteht aus ShareAction und elf institutionellen Anlegern, darunter der grösste europäische Vermögensverwalter Amundi, die Pensionskasse Stadt Zürich, die Pensionskasse des Bundes PUBLICA und die Ethos Stiftung, die 235 Schweizer Pensionskassen und gemeinnützige Stiftungen umfasst.

Hinweise für Redakteure

Für Anfragen betreffend weitere Auskünfte und Interviews wenden Sie sich bitte an Conor Quinn, Media Communications Manager, ShareAction, unter conor.quinn@shareaction.org oder +44 744 696 214.

ShareAction kann Sprecher für Englisch und Französisch zur Verfügung stellen.

Lesen Sie [hier](#) den Text des Aktionärsantrags

ShareAction hat 2020 bei Barclays den ersten Aktionärsantrag zum Klimaschutz bei einer europäischen Bank eingereicht. Dieser Antrag führte dazu, dass Barclays die erste grosse europäische Bank [wurde](#), die sich ein Netto-Null-Ziel setzte.

Im Jahr 2021 reichte ShareAction einen Antrag bei der HSBC ein, der [dazu führte](#), dass die Bank ein Ausstiegsdatum für die Finanzierung für Kunden aus der Kraftwerkskohleindustrie festlegte.

Vollständige Liste der Antragsteller:

Actares

Amundi

Bernische Lehrerversicherungskasse

Bernische Pensionskasse

CIEPP - Caisse Inter-EntreprisesdePrévoyance Professionnelle

Ethos Foundation

Cap Prévoyance

Pensionskasse StadtZürich

Gérifonds (Ethos)

Pensionskasse Post, Bern

Pensionskasse des Bundes PUBLICA (die Schweizer Pensionskasse des Bundes)

ShareAction

Literatur zum Weiterlesen:

Bericht (14.02.2022) [Oil & gas expansion: A lose-lose bet for banks and their investors](#)

Pressemitteilung (14.02.2022) [‘Net zero’ banks continue to finance oil & gas expansion, ignoring climate science](#)

Pressemitteilung (11.05.2021) [Our response to new coal policy announcements from Credit Suisse, NatWest](#)

Pressemitteilung (30.04.2021) [\\$2.5tn investors call on Credit Suisse to set coal deadline](#)

Bericht (06.09.2021) [Countdown to COP26: An analysis of the climate and biodiversity practices of Europe’s largest banks](#)

Pressemitteilung (09.06.2021) [New research puts big banks’ sustainability claims in doubt](#)